

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 155 (1989)
Heft: 9

Artikel: Vielfältige Zukunftsaufgaben unserer Armee : sechs Vorraussetzungen zu ihrer Bewältigung
Autor: Däniker, Gustav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-59392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vielfältige Zukunftsaufgaben unserer Armee

Sechs Voraussetzungen zu ihrer Bewältigung

Divisionär zD Gustav Däniker

Die Schweizer Armee hat zweifellos Zukunft. Um sie zu meistern, genügen aber weder guter Wille noch die blosser Erfüllung bisheriger Pflichten. Ihre Angehörigen sollen vielmehr in sachlicher Diskussion erfahren können, in welchem Ausmass sich die strategische Bedrohung mutmasslicherweise weiterentwickelt, welche klassischen Aufgaben nach wie vor zu erfüllen und welche neuen Herausforderungen zu meistern sind. Der Zweck dieses Aufsatzes ist denn auch eine allgemeine Standortbestimmung des militärischen Pfeilers unserer Sicherheitspolitik. Er soll gleichzeitig der Verunsicherung entgegenwirken, welche die Armeegegner im Hinblick auf die Novemberabstimmung zu verbreiten suchen.



Div zD Gustav Däniker, Sesslerweg 5, 8802 Kilchberg; Dr. phil., bis Ende 1988 Stabschef operative Schulung der Armee; überaus zahlreiche militärpolitische Publikationen mit vielfach prägenden Wirkungen.

Auf höherem Niveau diskutieren

Die aktuelle Armeediskussion droht in Verwirrung abzugleiten. Statt sich ernsthaft mit der nun einmal gestellten Existenzfrage «wehrhafte oder wehrlose Schweiz» abzugeben, wird vielfach mit blossen Klischees gefochten. Ein erstes: Wir Schweizer seien dank unserem Milizsystem samt und sonders Militärexperten. Von wegen: Genauer und bescheidener müsste es wohl heissen, diejenigen, die Militärdienst leisten oder geleistet haben, in geringerem Ausmass auch ihre Angehörigen, kennen das schweizerische Soldatenleben aus den Schulen und Kursen. Sie können den Auftrag und die Leistungsfähigkeit ihrer Einheit, zum Teil auch diejenigen des übergeordneten Verbandes, abschätzen. Die meisten wissen ferner, ohne es genauer erklären zu können, dass die Schweiz ihre Milizarmee braucht, weil sie unsere Sicherheit gewährleisten hilft und weil sie wie kaum eine zweite Institution unsere staatsbürgerliche Mitwirkung und Mitverantwortung fordert.

Über dieses Grundwissen hinaus wissen nur die wenigsten Bescheid. Obwohl unsere sicherheitspolitischen und militärischen Konzeptionen jedermann zugänglich sind, obschon die Medien fast täglich militärische Themen aufgreifen, fehlen Verständnis und Interesse für die grösseren Zusammenhänge weitgehend. Selbst bei grossen Waffenkäufen interessiert praktisch nur der Preis; wozu diese Systeme dienen sollen, ist meist nur dann ein Thema, wenn ein Kritiker das schweizerische Infanterieheer in Gefahr sieht oder ein Politiker auf Popularitätssuche ausrechnet, was man für das gleiche Geld sonst alles kaufen könnte.

Dank Klischees und Fehlteilen greift auch die von den Armeegegnern

geschickt betriebene Desinformation um sich: Die Armee sei zu teuer, mit veralteten Waffen und Geräten ausgerüstet, ihren Aufgaben kaum gewachsen beziehungsweise angesichts der heutigen Bedrohungen, die nicht mehr militärischer Natur seien, ohnehin untauglich. Oder noch pointierter: Die Armee sei als aussenpolitisches Instrument überholt, innenpolitisch eine Gefahr, sie militarisiere bloss die Gesellschaft und schade zudem der Umwelt. Kaum ein Übel weltweit, wofür unsere Armee nicht mitverantwortlich gemacht wird, vom Hunger in den Entwicklungsländern über den Mangel an Gerechtigkeit auf dem Erdball, von den Schattenseiten unserer Zivilisation bis zur Schockwirkung für besonders Feinfühlige, Schulkinder und Emanzen. Für alternde Klassenkämpfer und eifernde Jungrevolutionäre ist sie ohnehin nur eine «Prätorianergarde der Bourgeoisie».

Auch wenn dieses systematisch verbreitete «Feindbild Armee» in erster Linie von einigen «linksextremen Hasardeuren» (Frank A. Meyer) ausgeht, so wirkt es doch bereits über den Kreis weltfremder Utopisten, Pazifisten und «Friedensfreunden» hinaus. Die ständigen Nadelstiche in zahlreichen Medien, vorab in den Sendefässen der SRG, gegen das Militär machen sich insofern bemerkbar, als in den Diskussionen kein noch so phantasievolles Gegenargument fehlt, dafür um so mehr, was ein Minimum an Sachverstand, Geschichtskennntnis und strategischer Übersicht an Substanz zutage fördern würde. Das erstaunliche Panoptikum vermuteter und vorhandener Mängel unseres Wehrwesens ersetzt offenbar für viele ausreichend die Kernfrage, warum eigentlich ein neutraler Kleinstaat, den niemand beschützt, wenn nicht er sich selbst, auf eine Armee angewiesen ist. Ebenso gut könnte man das Gesundheitswesen abschaffen wollen, weil es teuer ist und Spitalaufenthalte unangenehm sind, ohne danach zu fragen, was denn der tiefere Sinn dieser Einrichtung eigentlich sei. Der äussere und innere Zustand des Landes nach einer eventuellen Armeeabschaffung – im Grunde das Thema – wird selbst von gemässigten Kritikern nur selten bedacht.

Viel Anklang findet auch das Klischee von der Armee als «heilige Kuh». Dabei stammt es von Frustrierten, die sich darüber aufregen, dass man ihre zahlreichen Vorschläge auf Abbau der Wehranstrengungen, «Demokratisierung» des Militärischen, auf einen frei wählbaren Zivildienst oder ein Friedensinstitut bis jetzt nicht

honoriert hat. Sie vergessen dabei geflissentlich, dass es weder die Armee noch gar eine Handvoll Offiziere war, welche diese Anregungen zurückwiesen, sondern die vom Volke gewählten Behörden oder gar die Mehrheit der Stimmbürger. Wer bei seinen Gesprächspartnern aber nie Gehör findet, sollte nicht einfach über «Diskussionsverweigerung» klagen; besser wäre es wahrscheinlich, die eigenen Argumente einmal gründlich zu überprüfen.

In den nächsten Monaten sollten wir uns daran erinnern, dass eine Diskussion nur dann Klarheit bringt, wenn sie Niveau hat, also auf einem Minimum an Wissen, nicht zuletzt auch über ihre Zielsetzung, beruht. Klischees und Emotionen – hüben wie drüben – werden dem richtigen Entscheid letztlich nicht förderlich sein. Einmalig auf der Welt ist ein Volk aufgerufen, sich über sein Sicherheitsinstrumentarium auszusprechen und sich damit über seine Zielsetzungen und Befürchtungen klar zu werden; es wird die richtige Lösung nur finden, wenn es im guten Sinne kritisch an alle Argumente herangeht, die ihm vorgebracht werden. Entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, ist nicht zuletzt die Aufgabe einer militärischen Fachzeitschrift; Sachkenntnisse weiterzugeben, wird angesichts der gestellten Schicksalsfrage zu einem Akt der Verantwortung.

Das Bedrohungsspektrum analysieren

Wohl wissend, dass eine Schweiz ohne Armee ihre Bürgerinnen und Bürger nicht mehr schützen kann, erklären die Armeegegner das bisherige Sicherheitsdenken kurzerhand für überholt. Es gelte vielmehr im Sinne einer neuen «Wagnispolitik» den Frieden in der Welt zu ermutigen und den noch Zögernden ein Beispiel zu geben. Der neutrale Kleinstaat habe gar eine Mission zu erfüllen. Er müsse auf sein Gesamtverteidigungssystem, das den Krieg voraussetzt und damit herbeiführen helfe (!), verzichten und das Risiko einer gewaltlosen und gerechten Lebensordnung eingehen. Wie dennoch der Artikel 2 unserer Verfassung, der den Schutz des Vaterlandes gegen aussen als ersten Staatszweck fordert, gewährleistet werden soll, bleibt das Geheimnis der Initianten.

Andere wiederum betonen, noch nie sei die Gelegenheit so günstig gewesen, neue Methoden der Friedens-

sicherung anzuwenden, habe doch die Sowjetunion unter Gorbatschow entsprechende Zeichen gesetzt. Dass hier Etikettenschwindel betrieben wird, nachdem die Initiative lange vor dessen Amtsantritt aufgelegt wurde, und zwar als die Nachrüstungsdebatte auf ihrem Höhepunkt war und auch in der Schweiz noch Kriegsfurcht herrschte, ist praktisch vergessen. So ist es recht heilsam, sich von Zeit zu Zeit daran zu

Hier wird Etikettenschwindel betrieben.

erinnern, dass das Postulat auf Abschaffung der Armee ein geistiges Kind der damaligen schweizerischen Friedensbewegung ist, die eifrig und im Gleichschritt mit deutschen Kommunisten (Krefelder Appell) Breschnews aussenpolitische Ziele in Westeuropa verbreitete.

Ein weiterer Ansatz der Verwirrung bildet der Hinweis auf die sogenannten neuen Bedrohungen. Nicht mehr militärische, sondern viel schlimmere aktuelle Gefahren drohten der Schweiz. Aufgezählt werden die weit fortgeschrittene Schädigung der Umwelt, Natur- und zivilisatorische Katastrophen, importierte Kriminalität, Drogenkonsum, Seuchen wie Aids, mitunter sogar das Asylantenproblem oder die Wohnungsnot, jedenfalls alle Unbill, die uns die Zivilisation mit ihren stets wachsenden Ansprüchen, ihrem Egoismus und ihrer Unfähigkeit zur Einschränkung beschert hat.

Niemand wird leugnen, dass hier Gefahren lauern, die letztlich existentiell sein könnten und die man im Endeffekt nur mittels internationaler Kooperation und unter Opfern in den Griff bekommen wird. Aber so zu tun, wie wenn unsere permanent nötigen Massnahmen für die äussere Sicherheit, mit einem finanziellen Anteil am Sozialprodukt, das einiges unter dem liegt, was Herr und Frau Schweizer jährlich für Ferienreisen ausgeben, die Bewältigung der neuen Gefahren vermöglichen würde, grenzt an Demagogie. Um all diese «neuen» Probleme kümmern sich seit Jahrzehnten Legionen von Experten, Politiker und Behörden, wobei das vorläufige Ergebnis leider klar ist: Trotz Fortschritten im einen oder andern Sektor kennt niemand allgemein akzeptierte unfehlbare Lösungen. Ohne Armee wäre jedenfalls keine von ihnen rascher, ein guter Teil aber wohl noch schwieriger zu finden.

Wir haben uns wohl oder übel darauf einzustellen, dass unsere Existenz als Staat, Nation und Individuen künftig nicht weniger, sondern im Gegenteil stärker bedroht ist, weil «neue» Gefahren auftauchen, ohne dass die alten verschwinden. Was sich ändert, ist unsere Wahrnehmung, nicht aber das Bedrohungsspektrum. Was früher als strategische Gefahr für alle sichtbar war, präsentiert sich heute unauffälliger und wird nicht zuletzt bewusst kaschiert, aber es ist nicht aus der Welt geschafft. Konkret: Der Umbruch innerhalb der Sowjetunion, den wir seit geraumer Zeit staunend verfolgen, berechtigt zu Hoffnungen auf echte Entspannung; er bringt aber vorerst kein wesentliches Plus an Sicherheit.

Ein Blick auf die jüngere Vergangenheit mag dies belegen: Der erstaunliche Fortschritt im Bereich von Rüstungskontrolle und Rüstungsreduktion, dem wir beiwohnen, begann 1985 mit der (übrigens von Schweizer Truppen bewachten) Gipfelkonferenz Reagan - Gorbatschow von Genf. Er führte 1987 zu einem Abkommen historischer Tragweite. Asymmetrisch (Wer mehr hat, baut mehr ab), verifizierbar und vollständig wird zum erstenmal eine ganze Kategorie von Waffenträgern, nämlich diejenige der landgestützten Mittelstreckenwaffen in Europa, vernichtet. Dies trotz früherer brücker Zurückweisung dieses westlichen Ansinnens durch den Osten und trotz Bedenken westlicher Militärs, das bewährte Abschreckungssystem der NATO erfahre damit eine gefährliche Schwächung.

Seither haben sich die Abrüstungsvorschläge gejagt. Namentlich der Osten scheint es eilig zu haben, seine überdimensionierte Rüstung abzubauen und damit Geld zu sparen. Er tut es allerdings ohne sein Hauptziel,

*Das Hauptziel des Ostens:
Die Denuklearisierung
Westeuropas*

die Denuklearisierung Westeuropas, aus den Augen zu verlieren. Sogar namhafte einseitige Truppenreduktionen wurden von östlicher Seite propagandistisch geschickt ins Spiel gebracht, auch wenn rasch klar wurde, dass die verbleibenden Bestände noch immer ihr konventionelles Übergewicht gewährleisten, so dass die NATO sich keineswegs veranlasst sieht, ihre Strategie der «abgestuften Antwort» und der nuklearen Kompensation voreilig aufzugeben.

Vielmehr soll zunächst in Wien, im Rahmen der Konferenz über konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE), eine beidseitig ausgewogene Truppenreduktion auf gleiche Obergrenzen ausgehandelt und eingeleitet werden. Erst dann will die NATO auch über die nuklearen Systeme sprechen, deren Präsenz aber selbst dannzumal nicht völlig fallen lassen. Zwei Strategien mit unterschiedlichen Schwergewich-

Auch nach Vertragabschluss werden in Europa Truppen stationiert sein, die jene um ein Vielfaches übertreffen, mit denen Hitler den Zweiten Weltkrieg entfesselte.

ten auf einen Nenner zu bringen, wird keine leichte Sache sein. Festzuhalten bleibt auf jeden Fall, dass das angestrebte Endziel der Verhandlungen keineswegs ein waffenfreies Europa ist, sondern lediglich ein mehr Stabilität versprechendes neues militärisches Gleichgewicht, zwar auf niedrigerem Niveau, aber nach wie vor gebildet von Hunderttausenden von Soldaten, Zehntausenden von Panzern und Geschützen sowie Tausenden von Kampfflugzeugen und Kampfhelikoptern. Auch nach Vertragsabschluss werden in Europa – und zwar in Ost und West – Truppen stationiert sein, die jene um ein Vielfaches übertreffen, mit denen Hitler den Zweiten Weltkrieg entfesselte.

Natürlich soll es auch zusätzliche Sicherungen geben. So Zonen mit verdünnter Belegung, neue sicherheits- und vertrauensbildende Massnahmen wie Manöverbeschränkungen, -ankündigungen und -überwachungen. An der parallel zur CFE verlaufenden Konferenz für solche Fagen, an der auch die Schweiz beteiligt ist, soll zusätzlich diskutiert werden, welche Potentiale beidseits nach wie vor notwendig sind und wie sie kontrolliert werden könnten. Denn obwohl heute die Defensive in aller Munde ist und der Ostblock ausdrücklich von einer Doktrinänderung in diese Richtung spricht, hält sich das gegenseitige Vertrauen in Grenzen. Schrittweise will man die Überfallgefahr eindämmen und die Fähigkeit zu raumgreifenden Operationen reduzieren. Begrüssenswert sicher, aber zugleich ein Eingeständnis, dass man beides eben vorläufig nach wie vor für möglich hält.

Vieles ist somit in Bewegung geraten, was man noch vor wenigen Jahren kaum für vorstellbar hielt. Selbst an einer weitreichenden Reduktion der strategischen Nuklearwaffen und an einem Totalverbot für chemische Kampfstoffe wird energisch gearbeitet. Beide Supermächte sind daran interessiert, ihre strategische Überdehnung zu beenden; wirtschaftliche Sachzwänge sind unverkennbar.

Aber dennoch müssen weiterhin «strategische Gefahren» in die Beurteilung einbezogen werden. Einmal werden die Abbaupläne kaum so schnell zu verwirklichen sein, wie das der Laie aufgrund der allgemeinen Abrüstungsrhetorik annimmt. Noch Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte nach Abschluss entsprechender Verträge wird man sich mit den versprochenen Liquidationen abmühen. Zum zweiten wird die geplante Umstrukturierung auf die sogenannte «defensive Verteidigung», eine schillernde, noch keineswegs völlig geklärte Konzeption, mit Um- und Neurüstungen verbunden sein. Schon künden sowjetische Generäle an, dass die Ausgaben für Personal und für kriegstechnische Forschung und Entwicklung wieder steigen könnten. Westliche Experten sehen geradezu einen neuen Rüstungsboom, diesmal für Defensivwaffen, voraus.

Ein dritter Gesichtspunkt ist aber wohl noch wichtiger. In die Periode des Übergangs zu einem neuen Sicherheitssystem, das noch keineswegs völlig feststeht, fallen auch tiefgreifende politische Umstrukturierungen. Obwohl das sowjetische Riesenreich schwerlich völlig zerfallen wird, frant es an seinen Rändern bereits deutlich aus. Der Bankrott des kommunistischen Systems, die Suche zahlreicher mittel- und osteuropäischer Nationen nach besseren Lebensbedingungen und grösseren Freiheiten kann, aber muss nicht unbedingt gewaltlos vor sich gehen. Was, wenn der Westen auf einmal nicht nur wirtschaftlich um Hilfe ersucht wird? Oder wenn die Bündnismüdigkeit auch auf Westeuropa übergreift und einige Staaten erneut ihre zu den Zielen anderer oft gegenläufigen Interessen verfolgen?

Auch wer von «worst-case»-Szenarien absieht, kann kommende Unrast, oder gar gewaltsame Konflikte für das Europa der Jahrtausendwende nicht ausschliessen. Rückfälle in die Konfrontation sind nach wie vor möglich. Elemente der indirekten Konfliktführung wie Sabotage und Terrorismus, die nicht allein von Staaten ausgehen, müssen gleicherweise in Rechnung gestellt werden. Niemand kann ga-

rantieren, dass militärischer Schutz gegen strategische Gefahren von nun an unentbehrlich sein wird. Er wird entweder selbst geleistet oder muss an Dritte delegiert werden. Von Mitsprache dürfte dann allerdings kaum mehr die Rede sein.

Klassische Aufträge nach wie vor ernst nehmen

Der vorstehende Katalog andauernder strategischer Gefahren zeigt die Kurzsichtigkeit jener, die behaupten, Gorbatschow habe auch der Schweizer Armee das «Feindbild» genommen und damit ihre Nutzlosigkeit entlarvt. Gerade die heutige sowjetische Kritik an den handfest untermauerten Drohgebärden früherer Kremlherren beweist, dass die Aufrechterhaltung einer starken Landesverteidigung voll gerechtfertigt war; die immer mehr zutage tretende Kluft zwischen Zielen und Errungenschaften, zwischen Worten und Taten, die Ungewissheit über den Ausgang des eingeleiteten Prozesses, dessen Scheitern noch keineswegs ausgeschlossen werden kann, rechtfertigt sie auch weiterhin.

Die nach wie vor notwendige Wachsamkeit entbindet nun allerdings nicht von der Frage nach ihren Ausdrucksformen. Sind unsere militärischen Zielsetzungen noch zeitgemäss? Müsstens sie nicht vielleicht verändert werden? Die Analyse ergibt parallel zum sich wandelnden Bedrohungsbild ein «Sowohl-als-auch».

Die drei in unserer Sicherheitspolitik verankerten klassischen Aufgaben der Armee

- Beitrag zur Kriegsverhinderung,
 - notfalls effektive Verteidigung,
 - Hilfe an die Zivilbevölkerung
- gelten nach wie vor, auch wenn sich ihre Ausgestaltung zwangsläufig anpassen muss. Hinzu kommen neue Reaktionen auf die Herausforderungen des sich wandelnden strategischen Umfeldes.

Als wichtigste der zuerst erwähnten Aufgaben verlangt unser *Beitrag zur Kriegsverhinderung*, jener Kombination von Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit, auch in Zukunft besondere Aufmerksamkeit. Der neutrale Kleinstaat, der auf Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung seiner politischen Ziele seit langem verzichtet hat, muss bereits im Frieden (dem strategischen Normalfall) alles in seiner Macht Stehende tun, um den Krieg von seinen Grenzen fernzuhalten. Diese Haltung hat sich

in den letzten 150 Jahren dreimal bewährt. Auch wenn die Generation des Zweiten Weltkrieges heute – wohl über Gebühr – kritisiert wird, Tatsache bleibt, dass nicht zuletzt dank der Existenz einer kampfbereiten Armee, die Invasion ausblieb, die ohne sie unweigerlich erfolgt wäre. Ein totaler Krieg mit allen seinen Schrecken konnte der Nation erspart werden.

Ein totaler Krieg mit all seinen Schrecken konnte der Nation erspart bleiben.

Die schon früh gewählte «Strategie des Abratens und damit der Abhaltung», die im Grunde auf einer Warnung an potentielle Angreifer beruht, die mit Sicherheit eintretenden negativen Konsequenzen eines Invasionsversuchs nicht auf sich zu nehmen, musste freilich nach 1945 mit neuer Überzeugungskraft ausgestattet werden. Unter anderem ging es um die Frage, ob hiefür eigene Atomwaffen nötig seien. Nachdem anfangs der sechziger Jahre das Volk in zwei Abstimmungen klar zum Ausdruck gebracht hatte, dass man notfalls selbst dieses Kampfmittel beschaffen wolle, war die Zeit reif für die konkrete Fragestellung: Würde eine Anzahl verbunkelter «eurostrategischer» Atomraketen die Schweiz vollends unangreifbar machen? Die überwiegend negativen Antworten führten zu einer Vertagung des Entscheids. Die Schweiz wollte sich allerdings vorbehalten, darauf zurückzukommen, falls eine allgemeine Verbreitung von Kernwaffen einträte. So steht es denn auch in der nach wie vor gültigen «Konzeption der militärischen Landesverteidigung» aus dem Jahre 1966.

Glücklicherweise wies die strategische Entwicklung andere Wege. Die befürchtete rasche Verbreitung wurde unter anderem durch den «Nonproliferationsvertrag» gestoppt, dem auch die Schweiz beitrug. Atomwaffen blieben das Monopol weniger Staaten und dienen selbst in ihrer taktischen Form immer mehr primär der gegenseitigen nuklearen Abschreckung. Die Gefahr eines Atomkrieges, theoretisch bis auf den heutigen Tag vorhanden, wurde damit zunehmend unwahrscheinlicher. Auch die Schweiz konnte sich deshalb mit Konsequenz der rein konventionellen Verteidigung zuwenden, die im Lichte der Militärdoktrinen beider Blöcke und möglicher Kriegsszenarien weiterhin sinnvoll und notwendig blieb.

Wenn also heutige Armeegeegner die Ohnmacht unserer Armee gegen einen nuklearen Fernbeschuss betonen, so haben sie zwar theoretisch recht. Wir teilen diese Schwäche mit fast allen Staaten der heutigen Welt, wobei unser Zivilschutz je nach Ausmass des Beschusses und der Schäden wenigstens eine gewisse Chance für Über- und Weiterleben bilden würde. Aber diese Gegner haben unrecht, was die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe betrifft. Präsident Reagans Ausspruch: «Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen und darf nie geführt werden», ist Allgemeingut aller heutigen Nuklearwaffenstaaten geworden, und auch die Konsequenzen werden allmählich gezogen.

Der Trend führt zu einer Verringerung der atomaren Potentiale; allerdings mit der unliebsamen Konsequenz, dass mit abnehmendem Risiko auch eine starke Barriere gegen den Krieg entfällt und konventionelle Auseinandersetzungen wieder wahrscheinlich werden.

Auf solche aber ist die Schweizer Armee vorbereitet. Ihr Kampfverfahren, die «Abwehr», das Zusammenwirken verschiedener Waffen in einem starken, zur Verteidigung weitgehend vorbereiteten Gelände, in dem auch eine starke Übermacht moderner Angriffsverbände zurückgeschlagen oder aufgerieben werden könnte, ist bis auf den heutigen Tag Eckpfeiler unserer militärischen Dissuasion geblieben. Jeder, der in den letzten 30 Jahren in irgendeiner Funktion am Einexerzieren und an der Verbesserung dieser Doktrin mitwirkte, ist auch im nachhinein voll gerechtfertigt. Angesichts der schon von den Potentialen her bestehenden ständigen Kriegsgefahr in Europa hat er an der Errichtung eines auch im Ausland anerkannten Verteidigungsinstruments mitgearbeitet, das unter Umständen die Schweiz ein weiteres Mal vor Krieg und Zerstörung hätte schützen können. Pikanterweise hat diese Konzeption neuerdings auch bei fremden Militärexperten Konjunktur. Man sucht nach ähnlichen Formen wirksamer Defensive, nicht zuletzt um die eigene Friedensliebe zu beweisen.

Allerdings gilt es, unsere *effektive Verteidigungsfähigkeit* auch in Zukunft unter glaubwürdigen Beweis zu stellen. Ausrüstung und Ausbildung, die man nicht gegeneinander ausspielen darf, haben sich – wenn auch im defensiven Spiegelbild – der laufenden Modernisierung fremder Heere anzupassen. Vor allem neue Angriffsmethoden sind zu berücksichtigen. So zwang deren zunehmende Fähigkeit

zu strategischen Überfällen unsere Armee dazu, ihre Fähigkeit zur raschen Intervention systematisch zu steigern, was angesichts unseres Milizsystems ohne stehende Truppen und mit einem nur ganz kleinen Anteil an Berufspersonal nicht einfach war. Seit anfangs der achtziger Jahre dienen armeeweite Alarmübungen dem Einschleifen entsprechender Verfahren. Die Aufstellung von Flughafenformationen für Kloten und Cointrin stellt eine weitere Präventivmassnahme gegen Überfälle dar.

Noch weitere Anpassungen drängten sich auf. Ein europäischer Zukunftskrieg könnte zu überraschenden Stossrichtungen und Operationslinien fremder Truppen führen, die, ohne die Schweiz niederwerfen zu wollen, ihre Interessen selbst im schweizerischen Luftraum oder über Schweizer Gebiet wahrnehmen wollen. Eine grössere «operative Flexibilität», das heisst die Fähigkeit, auch ausserhalb der vorgeplanten Dispositive Schwergewichte bilden und namentlich selbst im Grenzraum nachhaltig in Erscheinung treten zu können, drängte sich auf. Die vom Chef EMD dieses Frühjahr vorgestellte «Armee 95» trägt solchen und weiteren Randbedingungen Rechnung. Sie zeigt einmal mehr, dass sich auch unsere Miliz dynamisch weiterentwickeln kann, wenn die Veränderungen um uns herum sorgfältig recherchiert und als Massstab für notwendige Reaktionen genommen werden.

Gerade in der eingangs geschilderten, höchst wahrscheinlich mit einer Reihe von Überraschungen aufwartenden Zukunftsperiode der Unsicherheit wird sich die angestrebte Flexibilität bewähren. Sie kann als eine zeitgemässe Erweiterung und Dynamisierung unserer Abwehrdoktrin verstanden werden und wird zweifellos ebenfalls eine starke Dissuasionswirkung zeitigen. Davon, dass unsere Armee den wahrscheinlichsten Anforderungen eines Zukunftskrieges nicht mehr gewachsen wäre, kann jedenfalls keine Rede sein.

Ebenso klar lassen sich umgekehrt die Folgen einer wehrlos gemachten Schweiz erahnen. Die NATO könnte kein militärisches Vakuum inmitten ihres Dispositivs zulassen; Deutsche, Franzosen und Italiener wären mit Recht um ihre Flankensicherung besorgt. Auch der Warschauer Pakt müsste sich Gegenmassnahmen überlegen; ohne weiteres würde er kaum das geographische Herz Europas der NATO überlassen. Von der völkerrechtlichen Pflicht des Neutralen, dafür zu sorgen, dass kein Nachbar über

sein Gebiet angegriffen werden kann, hätten wir uns jedenfalls soweit entfernt, dass auch unsere politische Staatsmaxime nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. Glaubwürdige Neutralität setzt nun einmal glaubwürdige Bewaffnung voraus! Früher oder später würde unser Land mit dem Versuch, die Sorge für unsere Sicherheit an Dritte zu delegieren, scheitern. Dem Druck, in ein Militärbündnis

Glaubwürdige Neutralität setzt glaubwürdige Bewaffnung voraus.

einzutreten, könnten wir uns ohne eigene Machtmittel kaum lange widersetzen.

Hilfsaufgaben akzeptieren

Selbst von Befürwortern der Armee kann man in letzter Zeit vernehmen, sie sei lediglich ein notwendiges Übel, nichts weiter als ein Instrument für den militärischen Abwehrkampf. Diese Meinung übersieht das weite Spektrum von *Hilfeleistungen aller Art*, die mit unserem ersten Staatszweck zwar in engem Zusammenhang stehen, aber weit über die militärische Kriegsverhinderung und die Notwehr bei feindlichem Zugriff hinausgehen. Wenn auch die Sicherung des «negativen» Friedens immens viel, jedenfalls weit mehr bedeutet, als man uns in einer Phase der Entspannung suggerieren kann, ist sie nicht die alleinige Aufgabe. Die ebenfalls im Pflichtenheft der Armee verankerte «Hilfe an die Zivilbevölkerung» mittels Unterstützung der Behörden in entscheidenden Funktionen, umfasst primär die Mitwirkung in koordinierten Diensten (Requisition, Transport, AC-Schutzdienst, Gesundheitswesen usw.). Entscheidend für betroffene Agglomerationen könnte sich im Ernstfall die Hilfe militärischer Luftschutztruppen an den Zivilschutz auswirken, ähnlich wie sie und andere Truppen bei zahlreichen Naturkatastrophen der letzten Jahre rasch und unbürokratisch eingegriffen haben. Zurzeit wird ein Teilmobilmachungsfall studiert, der lediglich die zur Hilfe geeigneten Armeeteile (Luftschutz, Sanität, Transport- und Übermittlungstruppen usw.) umfassen würde. Auch Hilfe ins Ausland soll in grossem Ausmass möglich werden.

Zu dieser Unterstützung ziviler Behörden gehört auch der «Ordnungs-

dienst» der Armee. Er ist ein vielbenutztes Agitationsvehikel armee-feindlicher Kreise. Mit den absurdesten Argumenten will man glauben machen, die «Herrschenden» (Wer sind sie eigentlich?) hielten sich ausgerechnet eine Miliz als Repressionsinstrument. Von vereinzelt, über ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Beispielen aus einer politisch-gesellschaftlich wesentlich anderen Schweiz versucht man abzuleiten, dass die Armee im Grunde nichts lieber täte, als auf friedliche Demonstranten zu schiessen. Ein besonders begnadeter Bestsellerautor insinuiert sogar, Panzer und Flugzeuge würden nur gekauft, um diesen Hauptzweck zu tarnen!

Dabei könnte man auch in diesen Kreisen zur Kenntnis nehmen, dass der «Ordnungsdienst», wofür in den letzten Jahren Truppen vereidigt wurden, in der Bewachung von Flughäfen gegen terroristische Anschläge nicht zuletzt zugunsten von Touristen und im Schutz internationaler Konferenzen bestand, deren Ziel es war, Konflikte beizulegen. Glaubt jemand im Ernst, Reagan und Gorbatschow hätten sich in Genf getroffen, um die gegenwärtige Normalisierung zwischen den Supermächten einzuleiten, oder die UNO hätte ihre Generalversammlung, als es wegen Arafat kritisch wurde, dorthin verlegt, wenn die Stadt als einziger Schutz den Aufmarsch einiger Polizeidetachemente hätte anbieten können?

Bezeichnend ist auch der Eifer, mit dem den (aus sachlichen Gründen geheimen) Szenarien grosser Übungen nachgespürt wird. Nur zu gerne würde man beweisen, dass die Armee gegen die «Friedensbewegung» ins Feld geschickt wurde. Sogar die brutalen Militäreinsätze in anderen Staaten, etwa in China, werden zu Analogien herangezogen, wie wenn zwischen dem Milizheer einer Demokratie und den stehenden Heeren von Diktaturen überhaupt kein Unterschied bestünde.

Aber ganz abgesehen vom Geist unserer Armeeführung, die sich ebenfalls aus Bürgern zusammensetzt und ganz klar dem Bundesrat als gewählter Oberbehörde untersteht, sind die Vorschriften eindeutig. Einsätze zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung kommen nur dann in Frage, wenn polizeiliche Kräfte hierfür nicht ausreichen, und auch dann nur subsidiär, will heissen zu Bewachungs- und Absperrzwecken oder dergleichen. In einer Zeit aber, da unsere komplizierte und hochtechnisierte Gesellschaft mit Geiselnahmen, Sabotage und andern terroristischen Akten in zuneh-

mendem Masse zu rechnen hat, kann der Staat auf sein Machtmittel erst recht nicht verzichten. Die Behörden verlören ihre Handlungsfreiheit; sie könnten die Bürger nicht mehr schützen. Nachdem Gewaltakte und Ausschreitungen leider bereits heute zum Bild unserer friedlichen Demokratie gehören, soll niemand so tun, als ob nicht auch einmal Angriffe strategischen Ausmasses gegen die innere

Reagan und Gorbatschow hätten sich wohl kaum in Genf getroffen, wenn die Stadt als einzigen Schutz einige Polizeidetachemente hätte anbieten können.

Ordnung denkbar wären, bei denen unsere zahlenmässig kleinen Polizeikorps bald überfordert wären. Eher ist abzusehen, dass beim ersten grösseren Zwischenfall Kritik darüber laut werden wird, warum man nicht wenigstens einen Teil der Armee (zum Beispiel die Grenadiere) im aktiven Antiterrorereinsatz geschult hat. Es ist schliesslich nicht nur Theorie, anzunehmen, dass nach der Stabilisierung der andern strategischen Ebenen die indirekte Konfliktführung noch mehr in den Vordergrund tritt.

Allgemeine Friedenssicherung ausbauen

Trotz ihres grossen Umfanges sind mit der bisherigen Aufzählung die Zukunftsaufgaben der Armee noch nicht vollständig umrissen. Sie wird zwar zurecht als Hauptpfeiler der bewahrenden Komponente unserer Sicherheitspolitik angesehen. Zusammen mit dem Zivilschutz und der wirtschaftlichen Landesversorgung stellt sie zunächst einen hohen Dissuasionswert sicher; sie würde im Kriege für eine hartnäckige Verteidigung sorgen, deren Endziel das Weiterleben des Schweizer Volkes in seinen heutigen Grenzen und in Unabhängigkeit ist. In den achtziger Jahren hat sie indessen zusätzliche weitere Aktivitäten aufgenommen, die eindeutig in den Bereich der ausgreifenden Komponente, d. h. zum Schweizer Beitrag zur allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbeherrschung, gehören. Was mit der Beobachtung des Waffenstillstandes in Korea vor bald 40 Jahren seinen bescheidenen Anfang nahm und später

von Fall zu Fall (zum Beispiel mit militärischer Katastrophenhilfe im Ausland) seine Fortsetzung fand, hat sich inzwischen zu einem umfangreichen Unternehmen ausgebildet, für das zurzeit beim Generalstab eine eigentliche Organisations- und Führungsinstanz geschaffen wird.

Denn seit die Schweiz an den Konferenzen für sicherheits- und vertrauensbildende Massnahmen im Rahmen der KSZE teilnimmt, hat sie eingesehen, dass Dilettantismus trotz noch so gutem Willen nicht genügt, um konstruktive Vorschläge einzubringen oder tatkräftige internationale Hilfe zu leisten. EDA und EMD begannen deshalb vor einiger Zeit mit der gemeinsamen Ausbildung von Experten für internationale Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle. Mit ihnen wurden Dienststellen in Bern wie auch unsere Delegationen an den Konferenzen von Wien und Genf sowohl quantitativ wie auch qualitativ verstärkt. Auf Wunsch der UNO stellt die Schweiz ab nächstem Jahr eine vorerst kleine Anzahl von Offizieren als Beobachter für Krisengebiete. Auch das Sanitätsdetachment für die UNTAG in Namibia konnte nur im Rahmen der Armee bereitgestellt und eingesetzt werden.

Wie bald unser Land den übrigen neutralen Staaten Europas, Schweden, Finnland und Österreich, folgen und ebenfalls «Blauhelm-Kontingente» aufstellen wird, ist eine noch offene Frage. Doch der politische Wille hierfür wächst, wie ein Postulat von über 100 eidgenössischen Parlamentariern beweist. Ein Schweizer Freiwilligenbataillon, eingesetzt im Rahmen der friedenssichernden Operationen der Weltorganisation, stünde keineswegs im Widerspruch zum Volksentscheid gegen die UNO, die wir auch in andern Bereichen unterstützen; es wäre jedenfalls auch in voller Übereinstimmung mit der geltenden Sicherheitspolitik. Dass Unrast oder Stabilität in der Welt auch mit unserer eigenen Sicherheit zu tun haben, sollte man allmählich selbst in konservativen Kreisen zur Kenntnis nehmen. Und dass die «Peace keeping forces» der UNO den letztjährigen Friedensnobelpreis erhielten, müsste andererseits auch denen zu denken geben, die noch nicht begriffen haben, dass in dieser Welt Soldaten für den Schutz gegen Gewalt immer noch notwendig und den wirklich Betroffenen hochwillkommen sind.

Aber die friedenssichernde Mission der Schweizer Armee ist keineswegs allein global ausgerichtet. Wie die Streitkräfte der anderen Neutralen

trägt auch sie zur europäischen Stabilität bei, indem sie ihren Primärauftrag zum Schutz des Landes und Volkes gegen alle abwehrbaren strategischen Bedrohungen erstklassig erfüllt. Anhand der bekannten Maximen unserer Aussenpolitik lässt sich vielmehr die grosse Bandbreite ihres Wirkens und Verhaltens verständlich machen. Die Armee ist – wie bereits betont – zunächst der Garant unserer **Neutralität**, die niemals nur Egoismus bedeuten kann. Was sie als einziges Machtmittel der Eidgenossenschaft leistet, dient entsprechend nicht allein der Selbstbehauptung im engeren Sinne; sicherzustellen, dass unser Territorium in neutralen Händen bleibt und somit kein Nachbar aus diesem Luftraum und von diesem Boden aus angegriffen wird, ist ebenso ein Akt grenzübergreifender **Solidarität**.

Die Armee unterstützt zunehmend auch die **Disponibilität** der Schweiz, indem sie unsere traditionellen «Guten Dienste» mit ihren Mitteln ergänzt. Um ein valabler Gesprächspartner der hiermit befassten Instanzen zu sein, betreibt sie beispielsweise in Kooperation mit zivilen Instituten eigentliche Konfliktforschung.

Selbst das Stichwort **Universalität**, mit dem die Schweiz ihre Bereitschaft bekundet, sich anzugleichen, wenn die Mehrzahl der andern Nationen Massnahmen ergreift, die für alle wichtig sind, kann in unserem Zusammenhang angesprochen werden. Kommt ein neues europäisches Sicherheitssystem auf wesentlich geringerem Bewaffnungsniveau nachweisbar zustande, wird sich unsere Armee zweifellos soweit anpassen, wie es ihr Schutzauftrag überhaupt zulässt; ebensowenig wie die anderen Armeen wird sie allerdings verschwinden.

Eines aber wird die Schweizer Armee sicher nicht: Die Schweiz als Staat überdauern. «Wenn», so sagt unsere Sicherheitspolitik, «der Wille zur Selbstbehauptung fehlt und der nationale Zusammenhalt brüchig wird, werden strategische Konzeptionen gegenstandslos.» Sollte eines Tages jene «andere, friedensfähigere und solidarische (und zugleich wehrlose!) Schweiz» Wirklichkeit werden, welche die Armeeabschaffer propagieren, aber bisher wohlweislich nicht näher definierten, so brauchen wir uns über die Rolle der Armee keine Gedanken mehr zu machen. Es wird genügen, jenes Kontingent Hilfstruppen zu stellen, das Stärkere dannzumal von uns anfordern werden.

So dramatisch wird es allerdings in nächster Zeit kaum zugehen. Mit dem engeren Zusammenschluss Westeuropas werden aber dennoch völlig neue sicherheitspolitische Entscheidungen auf uns zukommen. Setzt das Festhalten an der Neutralität unabdingbar den schweizerischen Alleingang voraus? Gibt es Zwischenlösungen oder überwiegt das Streben nach wirtschaftlichen Vorteilen allmählich den Wunsch nach grösstmöglicher Souveränität? Die Politik wird solche Fragen zu entscheiden haben, aber es sieht so aus, als würde die Mehrheit des Schweizervolkes noch lange zögern, Souveränitätsrechte nach Brüssel zu delegieren. In der Zwischenzeit könnte die aus dem ökonomischen Bereich bekannte Formel: «EG-beitrittsfähig sein, um den Zwang zum Beitritt zu vermeiden», auch auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit Anwendung finden. Das analoge Motto: «Bündnisfähig sein, um in kein Bündnis gezwungen zu werden», hiesse anzustreben, dass selbst ein sicherheitspolitisch geeintes Westeuropa eine verteidigungssouveräne Schweiz akzeptiert, weil sie nie ein strategisches Vakuum bilden wird, sondern aus eigener Kraft und auf eigene Kosten eine ähnliche strategische Dichte (Soldaten und Hochleistungswaffen pro Flächeneinheit) aufrechterhält wie ihre Nachbarn. Europa könnte sich auch in Zukunft darauf verlassen, dass einige seiner lebenswichtigen Verbindungen durch die Alpen vom klassischen Transitland Schweiz dauernd geschützt und offengehalten werden.

Welchen Sinn hätte es also, den Kleinstaat Schweiz in eine europäische militärische Organisation pressen zu wollen, innerhalb welcher er für das gleiche Geld zwangsläufig weniger leisten würde? Aber auch für jene Schweizer, die trotz europäischer und weltweiter Wirtschaftstätigkeit ihren «Heimathafen» nie aufgeben möchten, wird es beruhigend sein, jederzeit eine starke «Hafenpolizei» verfügbar zu wissen. Die Armee, so das Fazit dieser Überlegungen wird jedenfalls ein wichtiges Instrument unserer Europapolitik bilden, auch wenn sie diese – ihrer Rolle gemäss – nicht selbst beeinflusst.

Die Grundsatzdiskussion ernst nehmen

Mit der Ankündigung der «Armee 95» und mit Aussagen im Parlament hat Bundesrat Villiger eine neue Phase

der Armeediskussion eingeleitet. Zweifellos stellt ihre Weiterentwicklung eine grosse Anzahl von Problemen der Ausrüstung und Ausbildung, der personellen und finanziellen Ressourcen sowie der noch besseren Anpassung an die verschiedensten Randbedingungen unserer Zeit. Fachfragen aller Art werden auch kontrovers behandelt werden müssen.

Um so wichtiger ist es, dass man darob nicht vergisst, was heute zum Entscheid ansteht: Nicht allein, wie unsere Armee in Zukunft aussieht, sondern vielmehr, ob sie überhaupt noch bestehen wird. Wer sich von jenen Stimmen beruhigen lässt, die behaupten, selbst bei der Abschaffungsinitiative gehe es im Grunde lediglich um längst fällige Verbesserungen in unserem Wehrwesen, begeht einen verhängnisvollen Fehler. Noch mehr natürlich derjenige, der sich ausrechnet, der 26. November sei nichts weiter als der «Zahltag» für so manchen Unbill, den er durch das Militär im Laufe der Jahre erfahren hat. Er stellt sein persönliches Empfinden über das Wohl des ganzen Landes.

Denn über eines müssen wir uns ganz klar sein: Bis Mitte der achtziger Jahre – und es ist noch gar nicht so lange her – bestand die grösste unmittelbare Gefahr für die Schweiz in einem strategischen Überfall im Rahmen eines europäischen Grosskrieges; morgen – so sagte man uns wenigstens – wird die grösste Bedrohung vielleicht vom Ozonloch in der Atmosphäre ausgehen. Heute aber besteht die grösste existenzielle Gefahr für unser Land darin, dass unser Volk oder ein sehr grosser Teil von ihm den Schallmeientönen der Armeeabschaffer folgt, ihre Utopien und abstrusen Argumente für Realitäten hält und sich die Schweiz den kommenden Bedrohungen gegenüber, die sich bereits mit aller Deutlichkeit abzeichnen, geschwächt oder sogar wehr- und machtlos wiederfindet.

Diese Gefahr, der wir mit Stimmabstinenz oder gar mit einer «Denkzettelabsicht» Vorschub leisten, besteht zusammengefasst in der Übernahme illusionärer Träumereien von einer Welt, die urplötzlich friedlich wird, wenn nur wir Schweizer auf Selbstschutz und Notwehr verzichten; sie besteht in der Verkennung der Triebfedern zahlreicher Armeeabschaffer, die genau wissen, aber es natürlich weniger klar ausdrücken, dass eine bewaffnete, verteidigungsbereite Schweiz ihren Vorstellungen von Staat und Gesellschaft widerspricht und die deshalb die Abschaffung von unserer Miliz als erste Etappe der Systemver-

Die Folgerungen, die sich aus meinen Gedanken ableiten lassen, sind dreifach:

1. Wir brauchen eine höherstehende, in gutem Sinne kritischere Diskussion über Armeefragen, die auch die vorurteilslose Beurteilung künftig möglicher strategischer Bedrohungen einbezieht. Zur notwendigen, schärferen Analyse gehört auch die genaue Interpretation der Argumente der Armeegegner und namentlich der Versuche der Initianten der Abschaffungsinitiative, von der Radikalität ihres Ansinnens durch allerhand kleinkarierte Kritik oder durch handfeste Übertreibungen abzulenken.

2. Wir müssen das gesamte künftige Aufgabenspektrum der Armee mitsamt seinen Konsequenzen erkennen. Nach wie vor verlangen potentielle Bedrohungen die Fähigkeit, die drei klassischen Aufgaben (Dissuasion, effektive Verteidigung, Hilfe an die zivilen Behörden) effizient meistern zu können. Darüberhinaus gewinnt der Beitrag der Armee zur allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbeherrschung zunehmende Bedeutung. Auch die Fähigkeit zur Katastrophenhilfe wird ausgebaut werden müssen. Nicht zuletzt verlangt

die Aufrechterhaltung und allenfalls Weiterentwicklung unserer Neutralität in einer Zeit politisch-strategischer Umwälzungen in Europa und der damit verbundenen Unsicherheit eine verlässliche militärische Absicherung.

3. Die Hauptkonsequenz betrifft das persönliche Engagement der Offiziere. Ihre wichtigste und vornehmste Pflicht als Sachverständige und Verantwortungsträger besteht darin, überall wo möglich und mit der nötigen Überzeugungskraft für die Weiterexistenz einer starken Armee zu werben. Eingedenk der Tatsache, dass eine Armee, die nicht mehr existiert oder durch einen knappen Abstimmungsausgang auf Symbolik reduziert wird, nicht mehr verbessert werden kann, sind Teilkritiken hinter den Grundsatzentscheid zurückzustellen.

änderung anvisieren; sie besteht im durch nichts erhärteten Glauben, dass die Umstellung von Sicherheits- und Risikopolitik zu einer allgemeinen Befriedung führen werde, wenn man sich nur getraue, diesen grossen geistigen Schritt einmal zu tun.

Der schweizerische Beitrag zur Entwicklung einer gerechteren Welt, zu menschenwürdigeren Verhältnissen als Voraussetzung eines dauerhaften Friedens ist ein wichtiges Anliegen. Aber dieses Dauerthema hat mit dem Urnengang vom November nur indirekt zu tun. Mit einem Ja zur Initiative wird kein einziges dieser hehren Ziele erreicht. Sie werden im Gegenteil gefährdet, weil es die gesicherte Basis zerstört, von welcher aus sich für Frieden und Gerechtigkeit überhaupt wirken lässt.

Die Schweiz als strategisches Niemandsland, als unsicherer Ort, wehrlos gemacht durch ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger, wahrlich ein Ergebnis, dem man sich mit allen Mitteln der Information und Überzeugungskraft entgegenstellen muss. Niemand, der die Lage vorurteilslos analysiert

und die möglichen Entwicklungen in Rechnung stellt, wird sich diesem Imperativ entziehen können. ■

«Friede braucht Schutz»

AUFRUF

Wenn wir als Angehörige der Armee einmal dazu aufgerufen sind, aktiv zu werden, dann im Vorfeld der Abstimmung über die **Zumutung der Selbstentwaffnung** durch die Armeeabschaffungsinitiative. Jeder ist in seiner Doppelfunktion als Angehöriger der Armee und als Bürger angehalten, den Illusionen, Behauptungen und Unwahrheiten, die jetzt überall verbreitet werden, entgegenzutreten.

Am 26. November 1989 geht es nicht um die Armee, es geht um die **Zukunft unserer Schweiz**.

Material kann bestellt werden:
■ SOG, Postfach, 5620 Bremgarten
■ «Notre armée pour vivre libre»,
Case Postale 297, 1001 Lausanne

Redaktion ASMZ